

Stellungnahme der DGVT und des DGVT-BV zum Gesetzentwurf der Bundesregierung für das Haushaltsgesetz 2025

17.10.2024

Psychosoziale Versorgung von Geflüchteten massiv bedroht

TÜBINGEN – Die Bundesregierung plant im Haushaltsentwurf für 2025 fast eine Halbierung der Mittel für die psychosoziale Versorgung Geflüchteter. Die Beratung und Betreuung von Geflüchteten, worunter insbesondere die Psychosozialen Zentren (PSZ) für Flüchtlinge und Folteropfer fallen, soll von 13 auf 7 Mio. Euro gekürzt - und damit nahezu halbiert – werden. Die DGVT und der DGVT-BV sehen die Psychosozialen Zentren in Gefahr, die für Geflüchtete oft den einzigen Zugang zu psychosozialer und therapeutischer Unterstützung darstellen, und warnen vor den schwerwiegenden Folgen, sollten die Haushaltskürzungen im November 2024 vom Bundestag verabschiedet werden.

Laut der [Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer \(BAiF\)](#) erhalten bereits jetzt nur knapp 3 % der potentiell bedürftigen Geflüchteten eine angemessene psychosoziale Versorgung. Der Paritätische Gesamtverband weist darauf hin, dass durch die Mittelkürzung Abbrüche von Beratungs- und Hilfeleistungen, der Verlust von Fachkräften bei den Trägern und damit eine langfristige Schädigung wirksamer Strukturen drohen.

Für die Betroffenen geht eine verschlechterte psychosoziale Versorgung mit gravierenden Folgen einher, wie beispielsweise eine Chronifizierung von Erkrankungen und dauerhafte Beeinträchtigungen sowie Hürden bei der Teilhabe und Integration.

Eine [Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung](#) hatte bereits gezeigt, dass eine Verlängerung des Bezugszeitraums von nur eingeschränkten Gesundheits- und Sozialleistungen von 18 auf 36 Monate (Asylbewerberleistungsgesetz, AsylbLG) die Kosten für das Gesundheitssystem erhöhen und zu negativen Konsequenzen für die Gesundheit führen. Die [DGVT und der DGVT-BV](#) hatten sich gegen die Verlängerung des Bezugszeitraums auf drei Jahre ausgesprochen.

Die DGVT und der DGVT-Berufsverband fordern die Bundesregierung dazu auf, den Koalitionsvertrag einzuhalten und die Finanzierung der Psychosozialen Zentren sicherzustellen.

- ➔ Weitere Informationen, die für die psychosoziale und psychotherapeutische Unterstützung von geflüchteten Menschen genutzt werden können, finden Sie in unserem DGVT-Themenbereich „[Migration/Flucht](#)“